

Vossische Zeitung

Begründet

1704



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen
einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitungsbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken:
Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr, Für Reise und Wandern,
Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 8.25 Mark, vierteljährlich 9.75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten
tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 60% Tenerungszuschlag.
Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion
(mit Ausnahme des Handelsblatts): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

England und die unerledigten Friedensprobleme

Die Aufnahme in den Völkerbund

Drohungsmeldung unseres Sonderberichterstatters,

ar Versailles, 11. Juni.

Von den bisher in der Ententeppresse erwähnten Zugeständnissen an Deutschland scheint nur die Volksabstimmung in Oberschlesien zugestanden zu sein, nicht aber die Art und Ausdehnung dieser Volksabstimmung. Vorläufig in diesen Wahlgemeinden dieser Volksabstimmung, vorläufig in diesen Wahlgemeinden dieser Volksabstimmung, haben, von der Abstimmung ausgeschlossen bleiben. Die Dauer der Besetzung des linken Rheinufers, die nach der „Chicago Tribune“ jedenfalls einer Aenderung unterliegen soll, wird von der französischen Presse überhaupt nichts erwähnt, und es ist fraglich, welche Schlüsse aus diesem Schweigen zu ziehen sind. Wie erinnerlich, ist vor einigen Tagen behauptet worden, daß der Anstoß zu einer solchen Koncession von Lloyd George ausgegangen sei. Strittig ist ferner die Frage der Gültigkeit. Die Sachverständigen haben sich, nach dem Bericht des genannten amerikanischen Blattes, zu schließen, nicht einzigen können und deshalb dem Biererrat die französischen, englischen und amerikanischen Befürchtungen gestern getrennt unterbreitet. Der weitestgehende ist der englische, der eine sofortige Festlegung der Schadensumme fordert. Amerika verlangt angeblich die Festlegung der Schadensumme am 1. Oktober 1919, anstatt am 1. Mai 1921, ferner die Einschränkung der Kontrollbefugnisse der Wiedergutmachungskommission gegenüber Deutschland. Frankreich besteht angeblich auf der ursprünglichen Fassung.

Der wichtigste Streitpunkt ist aber anscheinend die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Wiederum ist es England, das die weitestgehenden Vorschläge gemacht haben soll, nämlich die augenblickliche Festsetzung eines Termins, an dem Deutschland mit vollen Rechten in den Völkerbund eintreten darf, so daß gleichzeitig die allgemeine Abstimmung beginnt und jede Sonderbeschränkung für Deutschland aufgehoben werden soll. Der Termin soll wahrscheinlich sehr kurz bemessen werden. Diese englische Anregung, die den Namen Lord Robert Cecil trägt, wird in Frankreich heftig bekämpft. Es ist bezeichnend, daß sogar das Blatt Marcel Sembats „Hure“ einen Artikel veröffentlicht, der gegen den Antrag Carils und für eine beschränkte Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund Stellung nimmt. Deutschland soll sofort in den Bund eintreten, aber nur eine beratende Stimme haben, bis es seinen guten Willen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen unzweideutig ausgedrückt hat. Dann erst soll es eine beschließende Stimme erhalten, die ihm aber wieder entzogen werden kann, wenn es mit der Erfüllung seiner Verpflichtungen im Rückstand bleibt. Ferner müssen die Spannungsverhältnisse so geregelt werden, daß Deutschland auch in Übereinstimmung mit den Neutralen niemals die Mehrheit im Völkerbund erlangen kann. Es geht nicht an, daß die Henker die gleichen Rechte haben wie die Opfer. Im übrigen tritt der Artikel dafür ein, daß durch den sofortigen, wenn auch bedingungsweisen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund das Zustandekommen des Völkerbunds, anlehne und die Aufnahme staatlich geregelter Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ermöglicht werden sollen. Frankreich braucht die deutschen Importe, weil sie billiger seien als die aus den alliierten Ländern. Ferner müsse es Deutschland arbeitsfähig machen, damit dieses seinen Verpflichtungen nachkommen könne. Endlich sei es notwendig, daß sich Deutschland kräftig am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligt.

Die Verwirklichung dieser teilweise sehr vernünftigen Gedanken ist allerdings im Augenblick mehr als je in Frage gestellt durch die Folgen, die man von dem eigenartigen Konflikt zwischen Frankreich und England für die weitere Entwicklung der internationalen Politik befürchten muß. Da sind einige Worte der Aufklärung nötig. In der Haltung Englands ist seit kurzer Zeit zweifellos eine Wendung eingetreten. Während England bis dahin kein besonderes Interesse daran hatte, Deutschland zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zu veranlassen, jetzt im Gegensatz zu Frankreich, wo dieses Interesse so groß war, will auch England jetzt, doch Deutschland den Vertrag unterschreiben oder daß die Nichtunterzeichnung Deutschlands auch in den Augen der alliierten Völker ins Unrecht steht. Der Grund für diese Sinnesänderung sind die offenbar nicht zu unterschätzenden innerpolitischen Schwierigkeiten in England. Im Gegensatz zu Amerika sind sowohl Frankreich als auch England grundsätzlich für Zugeständnisse an Deutschland, nur wollte England,

dass diese Zugeständnisse auf französische Kosten erfolgen sollten, während Frankreich auch England heranzuziehen wünscht. Es scheint, daß irgendwie Abänderung in der Entschädigungsfrage schon seit mehr als Wochenstift erwartet werden durfte, ebenso Konzessionen in der oberösterreichischen Frage. Da man diese beiden Punkte für ungünstig ansieht, hat Lloyd George zunächst eine Verkürzung der Besitzungszeit für das linke Rheinufer verlangt, dagegen wollte Frankreich anscheinend Konzessionen in der Kolonialfrage, also auf englische Kosten, erwirken. Der Konflikt hat sich, wie gesagt, in der Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verschärft. In dem Augenblick, wo England den innerpolitischen Zwang dazu benötigt, um sich selbst als Retter Deutschlands hinzustellen, trägt es auch keine Bedenken, Deutschland als voraussichtliches gefügiges Mitglied in den Völkerbund, eventuell sogar schon sofort, aufzunehmen. Gerade aus diesem Grunde opponiert Frankreich der Aufnahme Deutschlands auf das heftigste, denn es fürchtet zweifellos das Zustandekommen eines anglofranzösischen Blocks im Völkerbund. Leider hat man in Deutschland allzu lange damit gezögert, den Franzosen klar zu machen, daß derartige Befürchtungen überflüssig sind. Europa steht vor einer schwerwiegenden Entscheidung, und die Alternative lautet leider: Völliger Zerstörung durch innere Wirren oder Spaltung durch den unmittelbaren Sieg des englischen Einflusses.

Die heutigen Pariser Abendblätter vertraten große Ungeduld wegen der beständigen Verzögerungen in der Übereiterreichung der Antwort der Alliierten. Aus der Tatsache, daß Lloyd George am nächsten Montag eine große Rede in London halten will, schließen einige Zeitungen, daß während dieser Zeit keine großen Ereignisse zu erwarten sind. Nach dem „New York Herald“ ist es noch zweifelhaft, ob die Antwort am Freitag überreicht wird, da sich die Alliierten über verschiedene Punkte noch nicht einig sind.

Die anglofranzösischen Gegner des deutschen Volksheeres.

Meldung des Wolffischen Telegraphen-Büros.

Amsterdam, 11. Juni.

Der Pariser Berichterstatter des sozialistischen „Daily Herald“ meldet: Die Drohung der kleinen Nationen, der Tschecho-Slowaken, Jugoslawen, Polen und Rumänen, sie würden sich vom Völkerbund loslösen, wenn man auf der Forderung, daß sie ihre Rüstungen einschränken müssten, bestehen würde, ist mit Rücksicht auf die allgemeine Neigung zu Revolten nicht erstaunlich, und es ist bemerkenswert, daß die großen Vier sofort nachgegeben haben. Dieses Zugeständnis ist ernst und vielleicht verhängnisvoll, denn es zieht den Entwaffnungsvorschlag den Boden unter den Füßen weg. Es ist sogar möglich, daß auch von der Verminderung der deutschen Armee abgesehen werden wird. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die französischen Militäristen und vor allem Marschall Foch selbst entschieden dagegen sind, daß Deutschland zu einer Verminderung seiner Armee gezwungen wird. Sie fürchten nämlich, daß die Entwaffnung Deutschlands die Hänger einer allgemeinen Abrüstungspolitik stärken würde, und daß es unmöglich wäre, dem französischen Volke für lange Zeit die Furcht einer großen Armee zu zumuten, wenn die Gefahr, die von jenseits des Rheins droht, endgültig beseitigt ist. Dies ist auch der Grund, warum von gewissen französischen Männern ein energetischer Feldzug zu dem Zweck geführt wird, die Franzosen davon zu überzeugen, daß Deutschland militärisch noch sehr stark ist. Mit der Verlängerung der genannten Staaten, eine Einschränkung der Rüstungen anzunehmen, ist die Aussicht darauf, daß die Entwaffnung Deutschlands zu einer allgemeinen europäischen Entwaffnung führen würde, so gut wie verfhunden.

Unter dem Widerstand gegen die „Verminderung“ der deutschen Armee ist natürlich der Widerstand gegen das deutsche Volksherr zu verstehen. In Deutschland wird die öffentliche Meinung dauernd durch die Behauptung irreführt, dieser Widerstand führe von Frankreich her. Aus dem oben mitgeteilten Bericht des Londoner Blattes geht klar hervor, daß die maßgebenden französischen Stellen gegen die Schwächung der deutschen Polizeimacht gewesen, schließlich aber von den beiden anglofranzösischen Magistraten bestimmt worden sind.

Die Kriegserklärung an Rußland

Eine Verteidigung Bethmann Hollwegs.

In wenigen Tagen wird unter dem Titel „Berichtungen zum Weltkrieg“ der erste Teil der Verteidigungsschrift des früheren Reichsministers von Bethmann Hollweg (bei Reimar Hobbing) erscheinen. Innerhalb des Rahmens einer journalistischen Einführung ist Professor Hans Delbrück in der Lage, bereits jetzt eine sehr wesentliche Stelle aus dem Bethmannschen Buche mitzuteilen. Sie lautet:

„Über die formale Bedeutung des Kriegsausbruches hat bei uns nicht volle Einstimmigkeit herrsch. Der Kriegsminister General v. Falkenhayn hielt die Kriegserklärung an Russland für einen Fehler, nicht weil er den Krieg nach der russischen Mobilisierung noch für vermeidbar angesehen hätte, sondern weil er schädliche politische Wirkungen befürchtete. Der Chef des Generalstabes, General v. Moltke, war dagegen für die Kriegserklärung, weil unser für den Zwei-frontenkrieg berechneter Mobilisierungsplan die sofortige Vorbereitung kriegerischer Handlungen vorsah und weil unsere Chancen in dem Krieg gegen eine gewaltige zahlenmäßige Übermacht allein von äußerster Schnelligkeit unseres Handelns abhingen. Seiner Ansicht habe ich mich angegeschlossen. Die danach auch tatsächlich eingetretene Meldung unserer Kriegserklärung auf das Urteil über die Schuld am Kriege mußte ich freilich voraussehen. Unmöglich aber war es, den vollkommen plausiblen militärischen Gründen des Generalstabes, der für die militärischen Operationen verantwortlich war, in einem Augenblick zu widerstreichen, wo die Eigenschaft des Landes ausschließlich von den militärischen Handlungen abhing. Die Einmütigkeit des deutschen Volkes ist durch die Kriegserklärung an Russland nicht geschädigt worden.“

Eine ausführliche Würdigung der Bethmannschen Politik vor dem Kriege und während des Krieges stellen wir bis nach Erscheinen des ganzen Schrift des früheren Kanzlers zurück. Aber diese besonders wichtige Stelle des Bethmannschen Buches darf doch nicht ohne jeden Kommentar in die Welt hinausgehen und damit die Legendenbildung gerade über eine derartigen Tatbestand weiter fördern helfen, die im Ausland als deutlichster Beweis für die wirkliche Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch angesehen werden.

Es unterliegt heute wohl keinem Zweifel, daß die deutsche Kriegserklärung an Russland ein besonders schwerer — vielleicht der aller schwerste — politische Fehler der deutschen Staatskunst bei Kriegsausbruch gewesen ist. Er wiegt sogar noch schwerer als die öffentliche Selbstbezichtigung des Kanzlers wegen Belgiens am 4. August 1914. Diesem Schuldbekenntnis lag wenigstens immerhin etwas zugrunde, das einer außenpolitischen Erwägung ähnlich sah. Zugleich hat auch sie schon Deutschland schwer genug geschädigt und spielt jetzt in den Anklageschriften der Feinde eine wesentliche Rolle. Die Übergabe der Kriegserklärung an Russland von deutscher Seite hat aber neben den gleichen Folgen auch noch die gehabt, Rumänien von seiner Bündnispflicht zu befreien. Denn dieses Land war zur Hilfeleistung nur für den Fall eines Angriffes Russlands auf Deutschland verpflichtet, nicht aber, wenn Deutschland zuerst die Beziehungen abbrach und damit gewissermaßen feierlich erklärte, mit den Feindseligkeiten zu beginnen. Ebenso ist zweifellos durch die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich, die genau ebenso unnötig war, den italienischen Politikern Gelegenheit gegeben worden, sich ihrer Bündnispflicht gegenüber Deutschland ledig zu fühlen.

Der Staatsgerichtshof wird ja später zu untersuchen haben, inwieweit hier ein schuldhaftes Verhalten des früheren Kanzlers vorlag. Von der Schuldfrage abgesehen, ist es aber auch von grossem Interesse zu erfahren, wie er seine Entscheidung tatsächlich begründet und rechtfertigt. In seiner oben abgedruckten Rechtfertigung gibt er zu, daß der Kriegsminister v. Falkenhayn die Kriegserklärung an Russland für einen Fehler gehalten habe, behauptet dagegen, daß der Chef des Generalstabes v. Moltke für die Kriegserklärung gewesen sei. Leider ist ja unter Angabe von sehr mysteriösen Gründen das bereits angekündigte Ereignis: der Moltkeschen Memoiren wieder abgesagt worden. Deshalb wird man wohl vorläufig auf eine Darstellung der Angelegenheit von der Moltkeschen Seite verzichten müssen. Aber daß General v. Moltke, der allerdings immer ein Umgänger der Idee war, im Kriegsfall sofort gegen Frankreich zu marschieren, auch gleichzeitig durchaus gegen Russland hätte operieren wollen, und voraussichtlich durchaus darum